Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3340

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 179. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 5. Mai 1965

180. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 6. Mai 1965

181. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 7. Mai 1965

I. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Abgeordneter **Cramer**

Billigt die Bundesregierung die Werbung des Bundesverteidigungsministeriums in der „Wildente", um Freiwillige für die Raketentruppe des Heeres anzuwerben?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

II. 1. Abgeordneter **Josten**

Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung bisher mit der Polio-Impfung zum Schutz gegen die Kinderlähmung gemacht?

II. 2. Abgeordneter **Josten**

Wie sind die Vergleichszahlen von Kinderlähmungsfällen gegenüber den Jahren vor den Schutzimpfungen?

III. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

III. 1. Abgeordneter **Sänger**

Ist die Bundesregierung in der Lage, Auskunft über die Besitzverhältnisse des Verlages der „Saarbrücker Zeitung" zu geben, und zwar insbesondere über Anteile nichtdeutscher Eigentümer, die angeblich aus deutsch-französischen Vereinbarungen entstanden, die bei der Rückgliederung des Saarlandes getroffen worden sein sollen?

III. 2. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen und Stellvertreters des Bundeskanzlers, daß die Hallstein-Doktrin „heute kein geeignetes außenpolitisches Instrument mehr ist, um den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland zu wahren und die Wege zu einer friedlichen und freiheitlichen Lösung der deutschen Frage offenzuhalten"?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. 3. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Beabsichtigt die Bundesregierung, entsprechend den Vorschlägen des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen und Stellvertreters des Bundeskanzlers, „bald" volle diplomatische Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten aufzunehmen?

III. 4. Abgeordneter **Mattick**

Beabsichtigt die Bundesregierung, nach den Worten des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen und Stellvertreters des Bundeskanzlers „im Auftrag der drei Westmächte und bei gleicher Haltung Moskaus gegenüber Ostberlin die Initiative zur Errichtung von gesamtdeutschen technischen Kommissionen in Berlin" zu ergreifen?

III. 5. Abgeordneter **Mattick**

Wann hat der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Stellvertreter des Bundeskanzlers seine am 22. März d. J. in Frankfurt (Main) öffentlich geäußerten Auffassungen und Vorschläge über gesamtdeutsche technische Kommissionen, die Hallstein-Doktrin und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten dem Kabinett vorgetragen?

III. 6. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Aus welchen Gründen verzögert sich die Vorlage eines Ratifizierungsgesetzes über das Zusatzabkommen zum deutsch-italienischen Kulturabkommen, das schon am 12. Juli 1961 abgeschlossen worden ist?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

IV. 1. Abgeordneter **Cramer**

Zu welchem Ergebnis haben die am 18. März 1965 begonnenen Verhandlungen zur Neuregelung der Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst geführt?

IV. 2. Abgeordneter **Fritsch**

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Hinterbliebenenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz einen Mehrbedarfssatz im Sinne des § 23 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Bundessozialhilfegesetzes für Kriegerwitwen und Kriegereltern, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder erwerbsunfähig im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung sind, anzuerkennen?

IV. 3. Abgeordneter **Seuffert**

Hält es die Bundesregierung mit dem Sinn des Rechtsschutzes in Verwaltungssachen für vereinbar, daß die Behandlung von Widersprüchen (§ 68 ff. Verwaltungsgerichtsordnung) von der Zahlung von Kostenvorschüssen abhängig gemacht wird?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

V. 1. Abgeordneter **Schwabe**

Sind das Anhalten von Kunden und die routinemäßige Vornahme von Untersuchungen ihrer Einkaufstaschen durch Hausdetektive in Selbstbedienungsläden mit dem geltenden Recht vereinbar?

V. 2. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wird die Bundesregierung durch Verhandlungen mit den zuständigen amerikanischen Dienststellen dafür Sorge tragen, daß Angehörigen von Stationierungsstreitkräften, bei denen der Verdacht der Trunkenheit am Steuer besteht, unter den gleichen Voraussetzungen eine Blutprobe entnommen werden kann, wie Personen, die ausschließlich der deutschen Strafgerichtsbarkeit unterstehen?

V. 3. Abgeordneter **Dr. Luda**

Ist der Bundesregierung die Äußerung des Frankfurter Generalstaatsanwalts Bauer bekannt, im Gegensatz zur „DDR" habe man in der Bundesrepublik noch immer die alte Rechtsmaschinerie, man hätte wie in der „DDR" handeln und die ganze alte Bürokratie abschaffen können (siehe „Die Welt" vom 13. April 1965)?

V. 4. Abgeordneter **Dr. Luda**

Ist die Bundesregierung bereit, der in Frage V/3 zitierten verfassungsfeindlichen Äusserung entschieden entgegenzutreten?

V. 5. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Ist dem Bundeskanzler bekannt, daß Bundesminister Mende nach einer mit dreispaltiger Balkenüberschrift versehenen Meldung der „Rheinzeitung" vom 3./4. April „unter stürmischem Beifall der 1300 Teilnehmer" eines Diskussionsforums in Koblenz erklärt haben soll, der Bundestag habe in der Verjährungsfrage unter dem Druck innerer und äußerer Pressionen entschieden; kein Staat, der auf sich halte, lasse sich in seiner innerstaatlichen Gesetzgebung von außen hereinreden, und daß das Publikum laut „Rheinzeitung" „enthusiastisch zustimmte"?

V. 6. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Teilt der Bundeskanzler die Auffassung, daß solche Methoden verleumderischer Herabsetzung des deutschen Parlaments vor der Öffentlichkeit, wie in Frage V/5 zitiert, vor 1933 zur Zerstörung unserer demokratisch-parlamentarischen Ordnung wesentlich beigetragen haben?

V. 7. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Ist der Bundeskanzler gewillt, sich in seinem Amt als Bundeskanzler weiter durch eine Persönlichkeit vertreten zu lassen, die in der in Frage V/5 zitierten Weise das Ansehen des Parlaments untergräbt, bzw., wenn die gemeldeten Äußerungen bestritten werden sollten, nicht einmal durch eine faire öffentliche Erklärung davon abrückt?

V.	8. Abgeordneter **Josten**	Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung von Mitgliedern des Deutschen Kinderschutzbundes, welche eine Erhöhung der Mindeststrafen für Kindesmißhandlungen wünschen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VI.	1. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg) *)**	Wie beurteilt die Bundesregierung den von der Stadt Freiburg (Breisgau) gemachten Vorschlag, zusätzliche Anreize für Investitionen für den Bau von Parkgaragen durch eine Erhöhung der jährlichen Abschreibungsquote von 10% während der ersten fünf und von 5% für die folgenden zehn Jahre zu schaffen?
VI.	2. Abgeordneter **Müller (Ravensburg) *)**	Trifft es zu, daß das Bundesfinanzministerium nicht gewillt ist, zusätzliche „Zollandeplätze" für Wassersportler in Immenstaad und Überlingen einzurichten, und sogar plant, die Zollanlegestellen auf der Insel Mainau im Bodensee sowie in Meersburg zu schließen?
VI.	3. Abgeordneter **Müller (Ravensburg) *)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß unter den Wassersportlern im schweizerischen Bodenseegebiet nicht verstanden wird, daß auf dem Untersee zwischen Ermatingen und Stein am Rhein nicht nur eine Zoll- und Paßkontrolle bei einer Landung vorgeschrieben ist, sondern auch das Vorhandensein eines Freipasses für jene Boote, die die Linie Höri—Reichenau überschreiten, weshalb dies für Segelsportler bedeutet, daß sie einen offiziellen Landeplatz anlaufen müssen?
VI.	4. Abgeordneter **Müller (Ravensburg) *)**	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die derzeitigen Bestimmungen für die Zoll- und Paßkontrolle im Bodenseegebiet zu lockern, nicht zuletzt im Hinblick auf die engen Beziehungen zwischen den Anliegerstaaten am Bodensee?
VI.	5. Abgeordneter **Dr. Mommer**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß französische Taxifahrer beim Grenzübertritt in die Bundesrepublik für jede Fahrt eine Deutsche Mark an Kraftfahrzeugsteuer zu entrichten haben, daß sie hierfür ihr Fahrzeug verlassen müssen und die Fahrgäste zum Warten gezwungen sind, während die französischen Behörden von deutschen Taxifahrern keinerlei Steuer fordern?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VII. 1. Abgeordneter **Ritzel**

Nach welchen Grundsätzen regeln die Haftpflichtversicherungen ihre Schadensleistungen im Einzelfall?

VII. 2. Abgeordneter **Ritzel**

Welche Wirkung wird durch Gesetz auf die Höhe der Schadenssumme im Einzelfall ausgeübt?

VII. 3. Abgeordneter **Ritzel**

Bestehen unter den Haftpflichtversicherungsorganen Vereinbarungen über die Höhe der Schadensregelung?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VIII. 1. Abgeordneter **Dr. Effertz**

Sind Pressemeldungen aus Brüssel zutreffend, daß der französische Landwirtschaftsminister Pisani auf eine sofortige teilweise Angleichung der Getreidepreise in der EWG drängt, obwohl nach dem Ratsbeschluß vom Dezember 1964 die Getreidepreise erst ab 1. Juli 1967 harmonisiert werden sollen?

VIII. 2. Abgeordneter **Dr. Effertz**

Ist die Bundesregierung bereit, auf Beibehaltung der deutschen Schwellenpreise und des zur Zeit gültigen Qualitätsstandards für die Berechnung der deutschen Getreidepreise mindestens bis zum 1. Juli 1967 zu bestehen, weil eine Angleichung an die EWG-Standards schon zum 1. Juli 1965 die deutsche Landwirtschaft mit einer Preissenkung bei Weizen um voraussichtlich 6 DM/t, bei Roggen um 6,50 DM/t und bei Gerste um fast 15,30 DM/t belasten würde, aber ein Ausgleich für diesen Erlösverlust bisher nicht vorgesehen wurde?

VIII. 3. Abgeordneter **Fritsch**

Beabsichtigt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit den Entwurf eines Bundeswaldgesetzes vorzulegen?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist die Bundesregierung im Interesse einer gesunden Wasserwirtschaft und zur Verhinderung des Entstehens von Ödlandflächen bereit, den Eigentümern der vielen landwirtschaftlich genutzten, nunmehr aber brachliegenden Grundstücke in der Westpfalz, insbesondere in den Höhenlagen der Lauter, der Alsenz, des Glans und des Odenbaches, durch Förderungsmaßnahmen einen Anreiz zur Aufforstung ihrer Grundstücke zu geben?

VIII. 5. Abgeordneter **Ertl**

Treffen Pressemeldungen zu, wonach das Bundesernährungsministerium ein neues Programm für die zukünftige Agrarpolitik ausgearbeitet hat?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

IX 1. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Was gedenkt die Bundesregierung in der Frage der Bergbaualtlast zu unternehmen, nachdem eine Klage des Deutschen Gewerbeverbandes in Schleswig-Holstein dazu geführt hat, daß das Gericht die Vorschriften des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes, soweit sie als Rechtsgrundlage für die Bergbauabgabe in Betracht kommen, für verfassungswidrig erklärt hat und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einholen will?

IX. 2. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß die Meldefrist bei den gesetzlichen Krankenkassen für Klein- und Mittelbetriebe nur 3 Tage beträgt, während Großbetrieben bis zu 14 Tagen eingeräumt werden?

IX. 3. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Welche Ergebnisse hat die im Auftrage des Bundesarbeitsministeriums 1961 durch die Kölner Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik durchgeführte Befragung über das Sparverhalten der Arbeitnehmer und die Reaktion der Arbeitnehmer auf die ihnen angebotenen Sparvergünstigungen wie Sparprämien, Vermögensbildungsgesetz usw. erbracht?

IX. 4. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Besteht die Möglichkeit, daß den Angehörigen des Minensuchdienstes Zeiten bei den britischen Streitkräften nach 1945 als Nachversicherungszeiten in der Angestelltenversicherung anerkannt werden, auch wenn die betreffenden Angehörigen des Minensuchdienstes vorher nicht in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden haben?

IX. 5. Abgeordneter **Jahn**

Welches Ergebnis hat die weitere Erörterung und Prüfung der Frage der privaten Strafjustiz in Form von „Betriebsgerichten" in der vom Bundesarbeitsminister in der Fragestunde des Bundestages vom 7. April 1965 angekündigten Besprechung der Arbeitsrechtsreferenten der Länder gehabt?

IX. 6. Abgeordneter **Jahn**

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die jährliche Ausgabe eines dreiseitigen Fragebogens mit zweiseitigem Merkblatt sowie einer Haushaltsbescheinigung, eines Ergänzungsblattes und einer Verdienstbescheinigung durch die Arbeitsämter als Voraussetzung für den Bezug von Kindergeld mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung vereinbart werden kann?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

X.	1. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg) *)**	Plant die Bundesregierung Maßnahmen, die geeignet sind, die Schaffung zusätzlichen Parkraums in den Zentren der Großstädte zu erleichtern?
X.	2. Abgeordneter **Dr. Besold**	Warum wurden die Uniformen der Damen und die Kopfbedeckungen bei der Lufthansa geändert?
X.	3. Abgeordneter **Dr. Besold**	Welche Kosten verursachten die in Frage X/2 bezeichneten Änderungen?
X.	4. Abgeordneter **Dr. Besold**	Wer ist für die in Frage X/2 bezeichneten Änderungen verantwortlich?
X.	5. Abgeordneter **Ramms**	Hat sich die Bundesregierung über Erfahrungen berichten lassen, die in der Stadt Wuppertal mit eingefärbtem Fahrbahnbeton gemacht worden sind?
X.	6. Abgeordneter **Ramms**	Ist die Bundesregierung der Meinung, daß auch bei uns — wie in vielen anderen europäischen und außereuropäischen Staaten — besondere Fahrspuren eingefärbt werden sollten (beispielsweise Überhol- und Abbiegespuren), um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen und gleichzeitig einen Teil des Schilderwaldes abbauen zu können?
X.	7. Abgeordneter **Ramms**	Schließt sich die Bundesregierung der Auffassung von Verkehrsfachleuten an, die der Meinung sind, daß farbige Straßen besonders in Großstädten der besseren Orientierung dienen?
X.	8. Abgeordneter **Peiter**	Welche Pläne bestehen für die B 42 auf dem Teilstück Ortsdurchfahrt des Wallfahrtsortes Kamp-Bornhofen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XI.	1. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg) *)**	Welche Folgen für die Fernsehteilnehmer in und um Freiburg (Breisgau) hat der Einspruch der Schweiz gegen den Fernsehsender Kaiserstuhl, der seine Sendungen auf Kanal 51 ausstrahlt?
XI.	2. Abgeordneter **Unertl *)**	Ist dem Bundespostminister bekannt, daß ein Präsident einer OPD an seine Beamten eine Weisung ergehen ließ, wonach er untersagt, daß sich Postbeamte bei der kommenden Kommunalwahl zum Bürgermeister wählen lassen?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI. 3. Abgeordneter **Unertl** *)

Was gedenkt der Bundespostminister zu tun, um die in Frage XI/2 genannte unverständliche Beeinflussung eines staatsbürgerlichen Rechtes aller Postbeamten zu vermeiden?

XI. 4. Abgeordnete **Frau Funcke (Hagen)**

Wie kann ein Staatsbürger sich dagegen schützen, daß während seiner Abwesenheit in seiner Wohnung von der Post Bezugskosten für Zeitungen und Zeitschriften eingezogen werden, die er nie bestellt hat und deren Titel aus der Postrechnung auch nicht hervorgehen, so daß eine Kontrolle nur dann möglich ist, wenn seine Angehörigen an der Haustür den Postboten befragen?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

XII. 1. Abgeordneter **Fritsch**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß im Regierungsbezirk Niederbayern in diesem Jahr Mittel des sozialen Wohnungsbaues lediglich in Höhe von 21,8 Millionen DM zur Verfügung stehen, während geprüfte Anträge von Bauwilligen mit einer Bedarfssumme von 45 Millionen DM vorliegen?

XII. 2. Abgeordneter **Brück**

Ist die Bundesregierung bereit, darauf einzuwirken, daß die durchschnittlichen Förderungsbeträge (öffentliche Baudarlehen, Wohnungsfürsorgedarlehen, Aufwandsbeihilfen und Zinszuschüsse) für die Bediensteten des öffentlichen Dienstes möglichst einheitlich festgesetzt werden?

XII. 3. Abgeordneter **Brück**

Ist bekannt, daß die Förderungsbeträge für die Bediensteten der Deutschen Bundesbahn erheblich unter dem Wohnungsfürsorgedarlehen der übrigen Bundesbediensteten liegen?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

XIII. 1. Abgeordneter **Moersch** *)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Beteiligungen des Bundes an wirtschaftlichen Unternehmen in privatrechtliche Stiftungen umzuwandeln, um aus deren Erträgen Wissenschaft und Forschung zu fördern?

XIII. 2. Abgeordneter **Moersch** *)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, schon in Kürze die jetzt verbleibenden 51% Kapitalanteile des Bundes an der VEBA in eine Stiftung zur Förderung der Wissenschaft und Forschung umzuwandeln?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XIII. 3. Abgeordneter **Opitz**

Trifft es zu, daß im Berliner Olympiastadion bisher nur deshalb keine Flutlichtanlage installiert werden konnte, weil sich das Bundesschatzministerium trotz eines vorliegenden günstigen Angebotes einer Wiesbadener Firma nicht zu einer Auftragserteilung entschließen konnte, obwohl die Vorarbeiten bereits seit 1961 laufen und obwohl der Deutsche Bundestag schon 1963 die notwendigen Mittel bereitgestellt hat?

XIII. 4. Abgeordneter **Opitz**

Erachtet es die Bundesregierung als zweckmäßig, wenn für ein solches in Frage XIII/3 genanntes Projekt insgesamt elf Gutachten eingeholt werden, wie es im Falle Berlin geschehen ist?

XIII. 5. Abgeordneter **Opitz**

Bedeutet die jetzt vorgenommene erneute Ausschreibung des in Frage XIII/3 genannten Projekts, daß gegen die Pläne der Wiesbadener Firma Ott schwerwiegende technische Bedenken geltend gemacht werden konnten?

Bonn, den 30. April 1965